

Öffnung der Wissenschaft? Stand und Perspektiven der Hochschulreform

Tagung vom 9. bis 11. November 2007 in Giessen

SAHRAH CLASEN. PATRICIA GRAF

Die diesjährige Jahrestagung des Arbeitskreises „Politik und Geschlecht“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) beschäftigte sich mit den Auswirkungen der jüngsten Reformen im Hochschulsystem auf weibliche Karrierewege und feministische Inhalte in der Wissenschaft. Dieser Fragestellung gingen neun Vorträge mit Themen wie bspw. der Dienstrechtsreform und Studiengebühren nach. Beiträge zur Ökonomisierung des Wissens, des Geschlechterbegriffs, der Hochschulreform und sozialen Gerechtigkeit schlugen den Bogen zu einer abschließenden Podiumsdiskussion, die eine feministische Kritik an den Reformen übte.

Sigrid Metz-Göckel (Universität Dortmund) nahm in ihrem Einführungsvortrag „Geschlechterpolitik am Ende“ zur Relevanz der Geschlechterperspektive in den aktuellen Steuerungsprozessen Stellung. Aus der Akteursperspektive mit neo-institutionalistischen Ausgangsüberlegungen sei festzustellen, dass Frauen als Potenzial und Ressource für den internationalen Wettbewerb der Universitäten gern gesehen seien. Im neuartigen Effizienz- und Effektivitätsdenken würden sie als Humanressource betrachtet, die es nicht zu verschwenden gelte. Die Wettbewerbsfähigkeit habe aber nichts mit dem Alltagsgeschäft zu tun, in welchem Wissenschaftlerinnen immer noch enorm unterrepräsentiert seien und wenig gefördert würden. Der durch Gender Mainstreaming erzielte Demokratiefortschritt würde weiterhin durch eine faktische Entmachtung der Hochschulgremien wieder zurückgenommen. Metz-Göckel konstatierte in ihrem Fazit eine Instrumentalisierung der Gleichstellungspolitik zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Institution Universität. Gleichzeitig hätten die Steuerungsinstrumente der Hochschulreform aber nicht nur konservativen, sondern auch innovativen Charakter. Aktive Frauen müssten die sich öffnenden Gelegenheitsfenster, beispielsweise die Modularisierung von Studiengängen, nutzen.

Auf die von Metz-Göckel dargestellte Diskrepanz zwischen rhetorischer Gleichstellung und faktischer Ungleichheit wies auch Alexandra Scheele (Universität Potsdam) hin. So sind beispielsweise immer noch 90% der W3/C4 Stellen in Männerhand. Die Institutionalisierung von Gleichstellung führe zu einem „Klein-Kochen“ der Grundessenz, die das Kritikpotential der Frauenbewegung ausmache. Dies beeinflusse auch die Zukunft feministischer Wissenschaft.

Wie diese Diskrepanz zwischen Rhetorik über Chancengleichheit und der faktisch weiterhin bestehenden Ungleichheit zwischen Frauen und Männern zustande gekommen ist, beleuchtete Heike Kahlert (Universität Rostock) in ihrem Vortrag über die Dienstrechtsreform der rot-grünen Bundesregierung. Sie zog eine sehr kritische Bilanz der Reform, die weit hinter ihren Zielen zurückbleibe: Von insgesamt 6000 geplanten Juniorprofessuren sind bis zum Jahr 2007 nur 800 an 65 Universitäten

eingrichtet worden. Kahlerts Fazit blieb in ihrer Negativität nicht hinter Metz-Göckels Analyse zurück. Die Ökonomisierung der wissenschaftlichen Karrierewege, der damit verbundene Jugendwahn, die Doppelbelastung von Frauen als Mütter und Wissenschaftlerinnen ohne Kompensation und die vorausgesetzte geographische Mobilität führen – was soziale Gerechtigkeit im Arbeitsfeld Hochschule anbetrifft – vielleicht einen Schritt voran, sicher aber auch zwei Schritte zurück.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kam auch Michaela Kuhnhenne (Universität Oldenburg) in ihrem Vortrag über Studiengebühren, den Arbeitsmarkt und die Studienfachwahl. Sie stellte fest, dass die Einführung von Studiengebühren und die Studienstrukturenreform zu einer Etablierung von neuen Ungleichheiten sowie zur Verschärfung der ohnehin schon bestehenden Bildungsdifferenzen führten. Geschlechterdifferenzen seien hier erkennbar: Bereits nach dem Bachelorabschluss setzen laut Angaben der Hochschulrektorenkonferenz weniger Frauen als Männer ihr Studium fort. Diese Diskrepanz lässt sich u.a. damit erklären, dass viele Masterstudiengänge in traditionell männlich konnotierten Bereichen etabliert wurden.

Aus dem Blickwinkel sozialer Gerechtigkeit verfolgten die Vorträge von Antonia Kupfer (Universität Linz), Stefanie Geyer (Humboldt Universität Berlin) und Julia Graf (Universität Marburg) im dritten Teil der Tagung das Thema. Kupfer stellte fest, dass die Öffnung der Hochschule für praxis- und anwendungsorientiertes Wissen zu einem neuen sozialen Auftrag der Hochschulen geführt habe: Die Hochschule als Institution der zweckfreien Entfaltung und des Austauschs wandle sich in eine Praxisorganisation. Diese Republikanisierung der Hochschulen gehe aber einher mit einer zunehmenden internen Entdemokratisierung der Hochschulen, die von allen Tagungsteilnehmerinnen festgestellt und scharf kritisiert wurde. Diese Entdemokratisierung kann parallel zu einer Verschärfung sozialer Ungleichheiten gesehen werden. Denn, so Geyer und Graf, der Bolognaprozess habe zu einer stärkeren Fokussierung auf ein Vollzeitstudium geführt, neben den Studiengebühren ein weiterer Ausschlussmechanismus. Aufgrund mangelnder Nebenerwerbsmöglichkeiten würden damit vermehrt Studierende ausgeschlossen. Zwar habe sich seit Erhöhung der Studiengebühren der Anteil weiblicher Studierender in den Bachelor-Studiengängen erhöht, dies führe aber nicht zu einer geschlechtergerechteren und -sensibleren Hochschulsituation.

Welche Position in der Nachwuchsförderung die DVPW angesichts dieses Spannungsfeldes einnimmt, untersuchte Delia Schindler (Universität Hamburg) in ihrem Vortrag. Sie stellte fest, dass sich die deutsche Politikwissenschaft im Wandel befände, denn auch sie müsse auf die Umstrukturierung der Universitäten und Globalhaushalte, die Ausdifferenzierung der Personalstruktur sowie die Maximierung der AbsolventInnenzahlen reagieren. Dabei seien Drittmiteleinwerbungen und Zentrengründungen gefragt, um strahlkräftige Inhalte anzubieten und die eigene Qualität messbar zu machen. Kritische Inhalte fielen dabei meist als erstes aus den Studienplänen heraus. Dies führe dazu, dass sich die deutsche Politikwissenschaft in dem Bestreben, unverwechselbar zu sein, verwechselbar mache, meist zu Lasten des wissenschaftlichen Nachwuchses. Schindler zog das Fazit eines fragmentierten